

Christina Schenk

**OST-WEST-STRUKTUREN, FEMINISMUS, FRAUENBEWEGUNG, FRAUENHAUSBEWEGUNG
GESTERN UND HEUTE - EINE BESTANDSAUFNAHME**

(Vortrag, gehalten auf dem Ost-West-Treffen der Frauenhäuser am 12.3.1993 in Leipzig)

Ich möchte meinen Vortrag in folgende 5 Punkte gliedern:

1. Die DDR und ihre "Frauenbewegung"
2. DDR-Frauen im Herbst 89; zum Feminismusbegriff, zum Entstehen bzw. Öffentlichwerden der Frauenbewegung im Osten
3. Frauenbewegung in Ostdeutschland nach dem Anschluß; der Wechsel des politischen Selbstverständnisses, erste Erfahrungen mit dem westdeutschen Patriarchat
4. Probleme zwischen Ost und West
5. Projekt Feminismus im Parlament; über die Möglichkeiten und Grenzen für Feministinnen in der institutionalisierten Politik
6. Wie weiter - Frauenstreik und anderes

1. Die DDR und "ihre" Frauenbewegung - ein kurzer Rückblick

Aufgrund der hier zur Verfügung stehenden Zeit kann nur ein sehr fragmentarischer Überblick gegeben werden. Da ich meine, daß die Ziele, die Ansätze, die Formen, die Ansprüche des politischen Engagements von Frauen nur zu verstehen bzw. ganz zu begreifen sind, wenn man den entsprechenden konkreten historischen Hintergrund mitsieht. Der einzelstaatliche Kontext, die Verhältnisse in einem bestimmten Land, haben einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Formen und Inhalte frauenbewegten Engagements.

In der DDR und in der BRD hat es einen sehr unterschiedlichen, z.T. sogar grundsätzlich verschiedenen Umgang mit der sogenannten Frauenfrage auf der politischen Ebene gegeben und so ist weder die Situation von Frauen, noch die Frauenbewegung in der DDR vergleichbar mit der Frauenbewegung in der Bundesrepublik oder mit der in Frankreich oder in Polen oder sonstwo, so es dort überhaupt eine gibt.

In der DDR ist im Unterschied zur BRD von Anfang an die Realisierung der Gleichberechtigung von Frau und Mann erklärtes Ziel der Politik gewesen. Das ergab sich aus mindestens zwei Dingen: Einmal aus dem theoretisch-weltanschaulichen Hintergrund, im Rückgriff auf Marx, Engels, Bebel und Clara Zetkin und zum anderen natürlich aus den ökonomischen Notwendigkeiten der Nachkriegszeit.

Man hat von Anfang an eine durchaus aktive Frauenpolitik betrieben. 1949 war es beispielsweise kein Problem oder gar ein Streitpunkt, im Gegensatz zur BRD, den Satz: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" in die Verfassung zu schreiben. In den 50er und 60er Jahren folgten Gesetzesänderungen, die den Status von Frauen als eigenständige Persönlichkeiten festgeschrieben haben. Z.B. wurde das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in der Familie aufgehoben, Frauen durften von ihren Ehemännern nicht mehr gehindert werden, eigene Entscheidungen bzgl. Berufstätigkeit oder politischem Engagement zu treffen, uneheliche Kinder wurden ehelichen gleichgestellt usw. Derartige Regelungen sind in der Bundesrepublik erst in den 70er Jahren getroffen worden.

Jedoch ist Frauenpolitik in der DDR ausschließlich ökonomistisch begriffen worden. Emanzipation von Frauen bestand in dieser Sichtweise allein aus der qualifizierten Berufstätigkeit von Frauen mit der Folge ihrer ökonomischen Selbständigkeit. So konnte in den 70er Jahren die "Partei- und Staatsführung" mit gutem Gewissen verkünden, die Frauenfrage sei gelöst. Über 90 % aller Frauen hatten entweder einen eigenen Beruf oder waren in der Ausbildung, hatten ihr eigenes Einkommen, waren weitestgehend ökonomisch selbständig. Alles andere, was praktisch die Situation von Frauen oder das Geschlechterverhältnis ebenso definiert, z.B. die Frage der Sozialisation, die Frage der Mechanismen, der Strukturen in der Gesellschaft, die immer wieder dazu führen, daß Männer und Frauen es einen unterschiedlichen Status in der Gesellschaft haben, ist nicht thematisiert worden.

Die patriarchalen Normen und Wertsetzungen sind nicht hinterfragt worden, vor allen Dingen nicht das männliche Rollenverständnis. Darüber gab es keine öffentliche Diskussion in der DDR. Diese Frage gehörte zu den tabuisierten Themenbereichen, die bei näherer Betrachtung geeignet waren, das geschönte Bild von der DDR nachhaltig zu stören. Nicht hinterfragt wurde in dieser Politik auch die vorrangige Zuständigkeit von Frauen für Kinder und Haushalt. Beides - also das männliche Rollenverständnis und auch die Zuständigkeit von Frauen für Kinder und Haushalt - hatten sich allerdings in gewisser Weise dadurch relativiert, daß Männer und Frauen voll berufstätig waren und ein Beharren auf der herkömmlichen häuslichen Arbeitsverteilung praktisch nicht möglich war.

Die volle Berufstätigkeit von Männern und Frauen, die damit gegebene ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und die Tatsache, daß Frauen ca. 40 % des Familieneinkommens beibrachten, hat natürlich auch zu einem anderem Verhältnis zwischen Männern und Frauen geführt, als es unter Verhältnissen üblich ist, in denen der Mann das Familienoberhaupt und der Alleinverdiener ist.

In der Summe kann man also sagen, die DDR ist ein patriarchaler Staat geblieben, jedoch unterschied sich das DDR-Patriarchat sehr wesentlich von dem der BRD hinsichtlich Frauenbild, hinsichtlich Status von Frauen und hinsichtlich der Frage der ökonomischen Selbständigkeit und auch hinsichtlich des Maßes an Selbstbestimmung. Es war eine Emanzipation ohne Patriarchatskritik, die zudem paternalistisch von oben her an den Köpfen von Frauen vorbei gemacht wurde und fixiert war auf Frauen als berufstätige Mütter.

Seit Ende der 70er Jahre begann sich in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirche eine Frauenbewegung zu entwickeln, deren Ausgangspunkt nicht in erster Linie, wie in der Alt-BRD, die individuelle Gewalterfahrung war, sondern der System- und patriarchats- kritische Blick auf die DDR.

Allerdings hat man diese Gruppen, wenn man von außen her auf die DDR gesehen hat, speziell jetzt von bundesdeutscher Seite, kaum wahrnehmen können. Unter den politischen Verhältnissen in der DDR konnte es auch nur eine Bewegung in Ansätzen sein. Dafür wären vier Faktoren maßgebend:

- Zum einen war es in der DDR so, daß das Geschlechterverhältnis, das Verhältnis zwischen Männern und Frauen, ein Stück weit enthierarchisiert war. Es gab einen deutlichen Trend zu einem kameradschaftlichen Miteinander in der häuslichen Reproduktionsarbeit, die Präsenz von Frauen war in allen gesellschaftlichen Bereichen gegeben - wenn auch mit einer Ungleichverteilung bezüglich der Hierarchieebenen. Dies verdeckte weitgehend den Blick auf die noch bestehenden sozialen Unterschiede zwischen Männern und Frauen und auf die noch immer existierenden Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen.

- Der zweite Faktor war, daß die Propaganda, in der seit Anfang der 70er Jahre behauptet wurde, daß es in DDR kein Frauenproblem mehr gäbe bzw. die Frauenfrage gelöst und Männer und Frauen gleichberechtigt seien, durchaus Wirkung gezeigt hat. Sozialdaten, die diese Schönfärberei hätten relativieren können, waren nicht öffentlich zugänglich. Sie hätten belegen können, daß es z.B. noch immer Einkommensunterschiede gab oder daß in den oberen Hierarchieebenen Frauen nicht entsprechend ihren Qualifikationen und Fähigkeiten vertreten waren oder daß die Arbeit im Haushalt trotz positiver Entwicklungen noch immer ungleich verteilt war. Entweder sind Forschungen überhaupt nicht geschlechtsbezogen gemacht worden oder sie landeten - wie das mit vielen kritischen soziologischen Studien der Fall war - in der Schublade und durften nicht veröffentlicht werden.

- Der dritte Faktor war, daß es keinen kritischen Diskurs in der Öffentlichkeit über die Geschlechterfrage gab - das Thema gehörte zu denen, die das schöne Bild von der DDR hätten trüben können und deshalb tabuisiert waren. Feministische Literatur war nicht zugänglich bzw. bezog sich auf ein anderes System, war also nicht so ohne weiteres übertragbar auf die Verhältnisse, in denen wir lebten und auf die Erfahrungen, die Frauen in der DDR gemacht haben.

- Der vierte Faktor war schließlich, daß die Bildung informeller Zusammenschlüsse jeglicher Art

nicht zugelassen wurde, obwohl solches vom Gesetz her nicht verboten war. Es gab in der DDR ein Versammlungsrecht und auch ein Vereinigungsrecht, das aber aufgrund von Durchführungsbestimmungen letztendlich immer wieder ausgehebelt worden ist, wenn die "zuständigen Stellen" es so wollten. So blieb nur die Möglichkeit, unter dem Dach der Kirche, unter halblegalen Bedingungen zu arbeiten. Es fehlten zudem ganz elementare logistische Voraussetzungen, um einem solchen informellen Zusammenschluß von Frauen eine landesweite Wirkungsmöglichkeit zu schaffen - wie z.B. Telefone oder Kopiertechnik, von Druckmaschinen oder Computern ganz zu schweigen.

Ich meine, dies alles trug dazu bei, daß der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Blick auf die noch immer existierenden Unterschiede unter Männern und Frauen weitgehend versperrt blieb. Ich glaube, daß Frauen in der DDR sehr wohl die Last der mehrfachen Inanspruchnahme durch Beruf und Familie und Reproduktionsarbeit und die Sorge für den Mann usw. kritisch reflektiert haben, aber andererseits diese immer als individuelles Problem verstanden haben und nicht als eines, was gesellschaftlich bedingt und eben auf die patriarchale Struktur der Gesellschaft zurückzuführen ist. Es gab also neben diesen ganz verschiedenen Frauengruppen unter dem Dach der Kirche (Gesprächskreise über feministische Theologie, Lesbengruppen, Initiativgruppen für die Gründung von Frauencafés, Frauenbibliotheken usw.), die ich trotz ihres eingeschränkten Wirkungskreises als den Beginn der DDR-Frauenbewegung bezeichnen will, auch - wie ich jetzt so im nachhinein so Stück für Stück erfahren habe - systemkritische Diskussionszusammenhänge unter Frauen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich. Das waren jedoch Treffen auf privater Ebene, wo man sich über die Geschlechterfrage ausgetauscht hat - allerdings ohne Außenwirkung zu haben oder anzustreben.

Unter den Bedingungen in der DDR konnte also ein feministisches Bewußtsein - was ja mehr oder weniger auch die konsequente Forderung nach Veränderung der Verhältnisse beinhaltet - nicht entstehen oder nur in Ansätzen.

1. DDR-Frauen und der Herbst 89 - Exkurs zum politischen Selbstverständnis und zum Feminismusbegriff

Im Herbst '89 kam es, nun auch für die Frauen in Westdeutschland sichtbar, zu einem eruptionsartigen Aufbruch von Frauen in der DDR. Die Frauenbewegung - sofern man von einer solchen sprechen möchte - wurde praktisch zum erstenmal öffentlich wahrnehmbar. Die Monate zwischen September und Dezember waren eine irre Zeit, in der wirklich alles möglich schien, wo alles in Frage gestellt wurde, wo alles völlig ohne Tabus neu gedacht werden konnte und wo auch Frauen sich dann ganz massiv eingemischt haben in die Diskussion - allerdings auch erst, als sie merkten, daß die vielen Bürgerbewegungen, die sich überall gebildet haben und auch Parteien, die "Frauenfragen" nicht thematisierten. Da wurde über alles mögliche diskutiert, aber über diese Fragen nicht. Das war der Punkt, an dem dann Frauen aus den verschiedensten Zusammenhängen, noch völlig unabhängig voneinander, zu der Auffassung kamen, daß sie die Entwicklung so nicht hinnehmen wollen und daß Frauen jetzt unbedingt versuchen müssen, sich in den Prozeß der Umgestaltung einzumischen. Schritt für Schritt erfuhren dann die verschiedenen Gruppen voneinander und bald wurde klar, daß sich bereits sehr viele Gruppen im Lande zusätzlich zu den bereits unter dem Dach der Kirche existierenden gebildet hatten. Im Dezember 89 kam es dann zur Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV). Damit war die Erwartung verbunden, ausgehend von den in der DDR existierenden Voraussetzungen für eine Emanzipation, die feministische Gestaltbarkeit der Gesellschaft nun endlich einfordern zu können.

Als zentrale Zielstellungen des UFV wurden definiert:

- zum einen die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft - im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit für beide Geschlechter hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung wirklich selbstbestimmter Lebensentwürfe (was natürlich absolut zwingend die Infragestellung der geltenden, also patriarchalen Norm- und Wertvorstellungen miteinschließt!)
- zum anderen die Herstellung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Gleichwertigkeit aller Lebensformen.

Diese beiden grundsätzlichen Ziele wollten wir auf drei Wegen erreichen. Einmal indem wir dazu beitragen, daß sich eine Frauen Gegen-Kultur herausbildet, die das Bewußtsein von Frauen dadurch

befördert, daß sich Frauenzentren bilden oder Frauencafés, Frauenbuchläden, Frauenkneipen und eben auch Frauenhäuser eingerichtet werden. Die zweite Ebene war die der Verwaltung - der UFV setzte sich, mit Erfolg, vehement dafür ein, daß Gleichstellungsstellen eingerichtet wurden, die die jeweilige Politik auf ihre Konsequenzen für Frauen hin kritisch begleiten und nach Möglichkeit auch ein wirksames Eingriffsrecht haben sollten. Die dritte Ebene schließlich war, daß wir uns direkt dort einmischen, wo die Entscheidungen fallen, wo Macht verhandelt wird - in den Parlamenten.

Das Ziel war die Reformation bzw. Transformation der DDR-Gesellschaft und keinesfalls die deutsche Vereinigung. In vielen dieser Papiere wurden in böser Vorausahnung die Gefahren benannt, die bei einer eventuellen deutschen Wiedervereinigung drohen würden. Allerdings war das damals für uns eher eine zwar mögliche, aber doch unwahrscheinliche Entwicklung. Erst später mußten erkennen, daß zum Zeitpunkt unserer Gründung die Weichen schon irreversibel Richtung "Einheit", gestellt worden waren.

Der Unabhängige Frauenverband (UFV) war damals die erste Organisation, die sich öffentlich als feministisch bezeichnet hat und damit ein Tabu brach.

Im Programm hieß es:

"Wir wollen das Wort Feminismus von Vorurteilen freimachen, Feminismus steht für die Interessenwahrnehmung und die Interessenvertretung von Frauen, feministische Analyse zielt darauf, das Geschlechterverhältnis als Rang- und Macht Verhältnis aufzuheben. Feminismus ist die Grundlage unserer Vorstellung von einer künftigen humanen, demokratischen, ökologisch verträglichen und sozial gerechten Gesellschaft und damit Patriarchatskritik und alternatives Gesellschaftskonzept in einem..."

Um die ganze Tragweite dieses Schrittes deutlich zu machen, möchte ich hier einen kurzen Diskurs zum Umgang mit dem Begriff "Feminismus" in der DDR einfügen.

Der Begriff Feminismus wurde in der DDR lange Zeit - wohl in denunziatorischer Absicht - in sinnwidriger Weise verwendet. Zum Beispiel steht in Meyers Lexikon von 1980 und auch in Fremdwörterbüchern

"Feminismus ist das Auftreten weiblicher Eigenschaften bei Männern, besonders bei homosexuellen."

Oder weiter:

"Feminismus ist die hervorstechende körperliche und psychische weibliche Eigenschaft von Männern. Feministisch ist demzufolge weiblich oder weibisch."

Somit gab es im öffentlichen Raum überhaupt keinen Anhaltspunkt für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit diesem Begriff. Insofern enthalten die in der Wende verfaßten Grundsatzpapiere der Frauengruppen eigenständige Beschreibungsversuche, die man aus der umfassenden Kenntnis des theoretischen, feministischen Diskurses heraus heute nicht allzu streng beurteilen sollte.

Bemerkenswert ist, daß in diesen Papieren ein relativ umfassender Ansatz deutlich wird. Es wird in diesen Papieren nicht nur die Forderung nach Transformation, nach der Reformation der DDR-Gesellschaft thematisiert, sondern es wird auch ein Blick auf die Welt gerichtet, insbesondere was die Wirtschaftsverfassung dieser Erde anbelangt und auch die soziale Lage sowie die Umweltsituation. Es geht in diesen Papieren ziemlich umfassend um solche Fragen wie Berufstätigkeit, Demokratie, Soziales, Ökologie, Erziehung, Bildung, Sozialisation, kulturelle Verfaßtheit der Gesellschaft, um den Zustand der Welt, um Entmilitarisierung, Abrüstung (um Rassismus bemerkenswerter Weise kaum - das war also offensichtlich damals kein Thema bzw. nicht im Blickfeld).

Die ostdeutsche Geschichte der Versuche der Begriffsbestimmung des Wortes Feminismus ist also sehr kurz und sie besteht mehr oder weniger nur aus punktuellen Definitionsversuchen und ist also nicht das Produkt eines längeren kollektiven Diskussionsprozesses. Aufgrund der Kürze der Zeit konnten aus diesen noch sehr globalen und sehr allgemeinen Ansätzen bis jetzt noch keine konkreten theoretisch fundierten Konzepte zu Fragen der Ökonomie, der Ökologie oder zu anderen Schwerpunkten entstehen.

3. Frauenbewegung in Ostdeutschland nach dem Anschluß

Das Ergebnis der Wahlen zur (letzten) Volkskammer der DDR im März 1990 führte zu einem deutlichen Bruch in unserem Selbstverständnis. Die Konservativen gewannen überraschend hoch und plötzlich war damit die ganze Perspektive ausgelöscht, unter der wir uns zusammengefunden hatten. Jetzt konnte nicht mehr die Rede davon sein, die feministische Gestaltbarkeit der DDR-Gesellschaft einzufordern bzw. im Zuge der längerfristig offenbar doch nicht abwendbaren Vereinigung dafür einzutreten, daß dies ein langer und mit Sensibilität gestalteter Prozeß zwischen zwei gleichberechtigten Partnern wird. Nun ging es nur noch um den schnellstmöglichen Anschluss der DDR an die BRD, der eine rücksichtslose Übertragung westdeutscher Verhältnisse auf Ostdeutschland mitsichbringen wird. Für uns konnte es nur noch darum gehen, bestimmte soziale Mindeststandards vielleicht doch noch zu sichern und ins neue Groß Deutschland hinüberzuretten.

Dies war eine sehr deprimierende Perspektive und viele UFV-Gruppen haben an diesem Punkt nicht mehr weitergemacht oder sich auf Themen konzentriert, die nur noch die Gruppe selbst betrafen und bei denen eine überregionale Vernetzung nicht mehr gewollt bzw. gebraucht wurde. Gleichzeitig entstanden auch wieder neue Frauen-Gruppen in dieser Zeit, die jedoch keinen unmittelbaren Bezug zum UFV hatten. Bei vielen Frauenzentren stellt sich die Frage, wenn man sich das Programm oder das Angebot ansieht, ob da überhaupt noch ein politischer Ansatz da ist. Kosmetik, Kochen etc. oder ähnliches - das könnte eigentlich ein DFD-Programm sein. Ein explizit politischer Anspruch wird nur noch bei einigen deutlich. Aus meiner Sicht gibt

es dafür zwei Gründe:

- Zum einen gibt es in Bezug auf Politik eine ausgeprägte Resignation. Das Gefühl ist ziemlich verbreitet, daß die Strukturen fester denn je sind und daß man jetzt noch weniger ändern kann als man es zum Beispiel zu DDR-Zeiten hätte tun können. Das ist ein generelles Problem - es betrifft nicht nur Frauenprojekte.
- Zum anderen haben, bis jetzt jedenfalls, die meisten Projekte mit relativ vielen ABM-Stellen gearbeitet, die zum Teil Frauen bekommen haben, die nicht unbedingt einen feministischen oder wenigstens frauenbewegten Hintergrund hatten.

Jetzt ist der UFV nicht mehr der Dachverband für viele Projekte oder Gruppen, sondern eine politische Vereinigung von Frauen, die unter feministischem Blickwinkel frauenrelevante Themen aufzugreifen und politisch zu transportieren versucht. Eine wichtige Form ist die Bildung von themenbezogenen Netzwerken. Ich meine, unter den heutigen Bedingungen ist eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Frauen nur anhand bestimmter, konkreter Themen möglich - z.B. § 218 oder auch Arbeitsmarktfragen oder Frauenstreik '94.

4. Probleme zwischen Ost und West

Eigentlich hätte es nicht überraschen dürfen, daß die Kommunikation zwischen Ost und West nicht so ohne weiteres funktioniert. Ost- und Westfrauen kommen aus z.T. sehr grundsätzlich verschiedenen Gesellschaften - ich würde sogar sagen, aus grundsätzlich unterschiedlichen Kulturen, die jeweils einen gänzlich anderen politischen, ideologischen, strukturellen, ökonomischen, juristischen und auch mentalen Hintergrund haben. Oberflächlich betrachtet, sprechen beide Seiten die gleiche Sprache - aber oft wird unter den gleichen Begriffen etwas ganz unterschiedliches verstanden und unterschiedliches assoziiert. Wenn in es in einer solchen Situation nicht genügend Sensibilität und Geduld vorhanden sind, dann sind Mißverständnisse und Fehleinschätzungen unausweichlich.

Ich möchte hier ein paar Stichpunkte für die möglichen Gründe der gegenseitigen Fremdartigkeit von Ost- und Westfrauen nennen. Ich meine, sie unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zu bestimmten Themen, die in der frauenbewegten Diskussion eine Rolle spielen:

- Ost- und Westfrauen unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zu Strukturen, zum Staat und zur Macht.

Im Herbst '89 haben sich Frauen in der DDR ganz selbstverständlich zu einer Organisation mit feministischem und politischem Anspruch zusammengeschlossen, um ihrem Anliegen Gewicht zu

geben und um den Zugriff auf politische Macht zu ermöglichen.

In Westdeutschland hingegen scheint es bei sehr vielen frauenbewegten Frauen Angst vor übergreifenden Strukturen zu geben. Daran knüpfen sich offenbar Befürchtungen, daß sich Macht konzentrieren könnte und Machtmißbrauch möglich wird. Zudem steht in Westdeutschland jeder Kontakt zum Staat bzw. zu staatlichen Strukturen unter dem Verdacht, daß entweder die Gefahr einer Funktionalisierung droht, man mißbraucht und benutzt wird für irgendwelche Dinge und Zwecke, was u.U. nicht mehr kontrollierbar ist oder daß an Zuwendungen restriktive Vorgaben geknüpft werden. Unter solchen Umständen ist auch der Griff zur Macht alles andere als naheliegend.

Ich meine, daß dieses unterschiedliche Verhältnis von Ost- und Westfrauen zur Politik und zum Staat mit der Unterschiedlichkeit der Gesellschaftssysteme im direkten Zusammenhang steht. Die DDR war eine zentralistische, von einem ideologisch-theoretischen Konzept her gestaltete Gesellschaft, in der Politik die eigentliche Gestaltungskraft der Gesellschaft war. Insofern wäre, wenn die Machthaber es gewollt hätten, meiner Meinung nach auch eine andere Politik möglich gewesen.

Im Westen ist das grundsätzlich anders. Gesellschaftliche Prozesse sind hier das Ergebnis eines Kräftespiels. Wer da stark ist - z.B. die Wirtschaft oder bestimmte Lobbygruppen - der kann die Bedingungen zu seinen Gunsten modeln und den anderen bleibt nur über die Möglichkeit der Gegenwehr der Weg der indirekten Einflußnahme auf die Entwicklung. Politik vertritt in einer so strukturierten Gesellschaft nicht ein "gesamtgesellschaftliches Interesse", sie vermittelt höchstens in gewisser Weise zwischen den mächtigsten Interessengruppen. Sie kann unter solchen Bedingungen nicht den Anspruch haben, in irgendeiner Weise gesellschaftsgestaltend zu sein - der Anspruch beschränkt sich hier darauf, der Wirtschaft möglichst störungsfreie Bedingungen zu schaffen und die dabei entstehenden sozialen Probleme, die in dieser Sicht nichts anderes sind als lästige Störfaktoren, irgendwie abzufedern, allerdings nicht etwa im Sinne einer grundsätzlichen Infragestellung und Kritik dieses Systems Marktwirtschaft und der Entwicklung eines völlig anderen Wirtschaftsmodells. Dies gilt relativ unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist. Ich meine, daß es - von den Erfahrungen mit der DDR-Gesellschaft ausgehend - verständlich und naheliegend ist, daß ostdeutsche Frauen in einer anderen Politik auch die Lösung für bestimmte Probleme sehen. Daß genau das im kapitalistischen System nicht funktioniert, müssen ostdeutsche Frauen wohl erst noch begreifen. Man hört oft solche Sätze wie: "Das können die doch mit uns nicht machen. Und die müssen dann doch das und das tun...", die ganz klare Forderungen an die Politikerinnen adressieren und dabei übersehen, daß die in ihrer überwiegenden Mehrheit überhaupt nicht den Anspruch haben, etwa für sozial gerechte Verhältnisse oder für eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft oder für einen Abbau patriarchaler Verhältnisse zu sorgen.

- Ost und Westfrauen haben ein unterschiedliches Verhältnis zum Ich. Die Sozialisation in der DDR war so, daß das Gesellschaftliche Vorrang hat vor dem Persönlichen, vor den individuellen Befindlichkeiten. Für die Selbstreflexion war kaum Raum. Die Befindlichkeit war nicht gefragt und schon gar nicht als Grundlage von Entscheidungen bezüglich des eigenen Verhaltens. Im Westen hingegen sind Fragen wie: Was macht das mit mir? Wie fühle ich mich dabei? Kann ich das? Will ich das jetzt? usw. bei frauenbewegten Frauen wohl in der Regel die Grundlage von Entscheidungen über eigenes Engagement.

- Ein weiterer Punkt im Unterschied Ost/West, den ich hier nennen will, ist das Verhältnis zu anderen. Vielen Ostfrauen ist aufgefallen, daß es im Westen zum Teil sehr heftige Animositäten zwischen Frauengruppen und auch zwischen Einzelfrauen gibt, die eine Zusammenarbeit erschweren oder ganz unmöglich machen. Aus unserer Sicht vergleichsweise harmlose Differenzen werden zu Gründen, nicht einmal punktuell etwas mit den anderen gemeinsam machen zu wollen. Wenn z.B. der Aufruf zu einer Demo von Leuten unterzeichnet worden ist, mit denen man unterschiedlicher Meinung war, wird eher eine eigene Veranstaltung organisiert als daß man an der von den anderen organisierten Demo teilnimmt. Das ist auffällig und aus unserer Sicht so nicht nachvollziehbar - zumal es eben oft auch mit der Sache nicht viel zu tun hat. Nach bisherigen Erfahrungen spielen derartige Abgrenzungen im Osten (noch?) nicht eine so große Rolle. Es drängt sich mir die These auf, daß dies mit dem unterschiedlichen Maß an Zerstörung der Identität von Frauen zu tun hat. Diese Abgrenzung von Anderen führt zu homogenen Beziehungen — Zusammenarbeit wird nur mit Frauen gesucht, mit denen Konflikte unwahrscheinlich sind und das Bedürfnis nach Harmonie befriedigt werden kann. Dies ist für viele Frauen offenbar notwendig, um überhaupt ein Gefühl von

Sicherheit und Geborgenheit zu finden.

- Ein Unterschied zwischen Ost- und Westfrauen ist auch im Verhältnis zu Männern festzustellen. Die bislang heftigsten Diskussionen im Unabhängigen Frauenverband gab es zu der Frage der Teilnahme von Männern an der Arbeit von Frauengruppen und in der Frage der Zusammenarbeit mit Männern. Ostfrauen definieren in der Regel ihr Selbstverständnis oder auch ihr Selbstständigkeitsbestreben nicht gegen und nicht ohne den Mann, den sie in der Regel als Partner begreifen. Da kann man sich es als Westfrau einfach machen und sagen, die im Osten sind eben noch nicht soweit, sie haben halt 20 Jahre Frauenbewegung nachzuholen. Sicher ist das ein Teil der Wahrheit. Aber der andere ist, daß das Verhältnis zu Männern deshalb anders ist als im Westen, weil die Erfahrungen mit Männern andere waren. Ich meine, daß das Geschlechterverhältnis in der DDR nicht so klar erkennbar hierarchisch und schon gar nicht antagonistisch war. Allerdings spielt sicher auch die Angst vor Autonomie - ähnlich wie im Westen - eine Rolle. Sich selbst wichtig nehmen können und sollen war nicht unbedingt Bestandteil des Sozialisationsprogramms.

5. Projekt "Feminismus im Parlament"

Der Umstand, daß die West-Grünen und folglich auch grüne Feministinnen nicht mehr im Bundestag vertreten sind, hatte zur Folge, daß ich mich in der Position der feministischen Einzelkämpferin wiederfand, was mir die Arbeit in der Gruppe B'90/Die Grünen nicht gerade erleichterte. Das politische Spektrum, das von den acht Abgeordneten repräsentiert wird, ist relativ breit - es reicht quasi von "wertkonservativ" bis links-feministisch. In einer solchen Situation funktioniert die Arbeit nur, indem alle Gruppenmitglieder für sich die Themenbereiche klar definieren, mit denen sie sich befassen wollen und für die sie zuständig sind, so daß es möglichst wenig Reibungspunkte gibt.

Klar ist, daß acht Abgeordnete das gesamte im Bundestag zur Beratung anstehende Spektrum nicht abdecken können. Die Abgeordneten müssen daher leider ihre Arbeitsfelder begrenzen.

Ich habe mich entschlossen, mich auf solche Themen zu konzentrieren, bei denen die Situation von Frauen und das patriarchale Denken über Frauen besonders deutlich werden. Das sind z.B. Fragen der Arbeitsmarktsituation, der Sozialpolitik, aber insbesondere auch Fragen der Selbstbestimmung. Dazu gehört das Sexualstrafrecht (Vergewaltigung, sexuelle Mißbrauch von Kindern, Pornographie mit Kindern, Verjährungsfristen usw.), die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, aber auch solche Fragen wie das Familien-Namensrecht. Das sind die Themenkreise, bei denen ich mich vorrangig engagiere, weil da mit den relativ bescheidenen Möglichkeiten, die ich habe, ein relativ großer Effekt, auch nach außen hin, erreichbar ist.

Ich mache Gesetzentwürfe oder Anträge nicht, weil ich damit rechne, daß sie vielleicht eine Mehrheit bekommen könnten - das ist bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Bundestag absolut ausgeschlossen. Für mich sind die folgenden beiden Gründe wichtig:

- Ein Gesetzentwurf besteht nicht nur aus den Änderungsvorschlägen zu jetzt geltenden Gesetzen, sondern er enthält auch einen Begründungsteil. In diesem kann detailliert dargestellt werden, welche Nachteile die bestehende Rechtslage insbesondere z.B. für Frauen hat, welches Frauenbild dabei zugrundeliegt und warum der vorliegende Gesetzentwurf die entsprechenden Änderungen fordert. Die Begründung bietet die Gelegenheit, die bestehende Situation unter patriarchatskritischem Blickwinkel zu analysieren und die Argumentation für die von der Frauenbewegung z.T. seit langem geforderten und in dem Gesetzentwurf aufgegriffenen Änderungen systematisch und ausführlich zu entwickeln. Mit einem solchen Gesetzentwurf kann die außerparlamentarische feministische Arbeit wirkungsvoll unterstützt werden.

- Der zweite Grund ist, daß das Einbringen solcher Gesetzesentwürfe in den Bundestag die anderen Parteien zwingt, sich damit auseinanderzusetzen. Die Art und Weise dieser Auseinandersetzung liefert wiederum Stoff für die politische Diskussion. Außerdem ist zu erwarten, daß der Zwang zur Auseinandersetzung mit feministischen Ansätzen langfristig zu einer Änderung im

Umgang mit den jeweiligen Themen seitens des politischen Gegners führt - analog zur Änderung des gesellschaftlichen Denkens über Umweltfragen als Folge der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit der GRÜNEN.

Ein weiteres Ziel meiner Arbeit im Parlament ist, die Möglichkeiten, die ich als Parlamentarierin habe, zu nutzen, um feministische Ansätze öffentlich zu machen und auch um über die Arbeit des UFV zu sprechen.

Für mich ist es außerdem wichtig, die außerparlamentarische Arbeit, insbesondere des UFV mit den technischen und finanziellen Ressourcen, die mit einem Abgeordnetenmandat verbunden sind, zu unterstützen.

6. Wie weiter?

Es ist inzwischen deutlich geworden, daß die deutsche Vereinigung zu Lasten von sozial Schwachen, von Ausländerinnen und Ausländern und nicht zuletzt zu Lasten von Frauen organisiert wird. Der Anschluß der DDR ist willkommener Anlaß, um unter Hinweis auf die sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen im Wirtschaftsraum Europa Frauenrechte abzubauen und selbst soziale Mindeststandards zu demontieren. Offener Rassismus prägt die Politik gegenüber Ausländerinnen und Ausländern. Klar ist auch, daß dieses neue Groß-Deutschland wieder eine aggressive Form der Außenpolitik zu etablieren versucht, in der militärische Optionen einen wesentlichen Platz einnehmen. In der BRD hat sich seit dem Anschluß der Rechtstrend in besorgniserregender Weise verstärkt.

Viele Frauen sind offenbar nicht bereit, diese Entwicklungen noch länger einfach hinzunehmen. Im Herbst '92 entstand an ganz verschiedenen Stellen nahezu gleichzeitig die Idee, einen Frauenstreik zu machen - bundesweit 1994. Bisher wird die Vorbereitungsarbeit von einem "Streikkomitee" im Raum Köln/Bonn und vom Unabhängigen Frauenverband (UFV) geleistet. Weitere Streikkomiteesgründen sich zur Zeit überall in der BRD.

Ein weiteres Resultat der gegenwärtigen Entwicklung ist, daß jetzt auch viele Frauen in Westdeutschland die Notwendigkeit sehen, daß sich die Frauenbewegung in einer Weise organisiert, daß sie wieder zu einem politischen Faktor in diesem Land wird, an dem die etablierte Politik nicht so ohne weiteres vorbeikommt. Auf dem V. Kongreß des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) im Juni '93 ist von Ost- und Westfrauen der Beschluß gefaßt worden, eine Plattform oder ein Manifest zu erarbeiten, die bzw. das die Grundlage für einen bundesweiten feministischen Frauenzusammenhang bildet. Auch hier hat die Arbeit bereits begonnen.